



In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:
Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.

Neutrales Freies Österreich
www.nfoe.at
07- 09/2009 / Nr. 26

Ist der EU-Vertrag von Lissabon noch zu stoppen?



Liebe Leser !

Auch in Deutschland hat es mehrere Verfassungsklagen gegen den EU-Vertrag von Lissabon gegeben.

In seinem aufsehenerregenden Urteil vom 30. Juni d.J. erkannte das oberste Gericht in Karlsruhe: „**Der Lissabonvertrag widerspricht dem deutschen Grundgesetz.**“ Insofern hätte man erwarten können, dass die Verfassungsrichter den Reformvertrag als unannehmbar zurückweisen. Hat es ihnen an Mut oder Unabhängigkeit gefehlt, sich dem Unterwerfungsprojekt EU zu widersetzen?

Unmissverständlich wurde jedoch im Urteil gefordert: Das **Begleitgesetz**, das die Umsetzung aller Bestimmungen des Lissabon-Vertrages ins deutsche Recht regelt, **muss radikal umgestaltet** werden, was Brüssel und Berlin nicht nur Kopfzerbrechen berei-

ten dürfte. Ob das in den beiden bereits anberaumten Sondersitzungen des Bundestages im August und September zur Zufriedenheit der Karlsruher Richter zu reparieren ist, scheint ungewiss. Davon wird es jedenfalls abhängen, ob der EU-Vertrag vielleicht noch gestoppt oder hinausgezögert werden kann. (*Einzelheiten zum Urteil im Kommentar „Deutsches Verfassungsgericht mutiger als das österreichische“, S. 2*)

Am 2. Oktober findet in Irland die zweite Volksabstimmung zum EU-Reformvertrag von Lissabon statt. Ein NEIN der irischen Bevölkerung würde den EU-Vertrag endgültig zu Fall bringen, **was wir uns sehnlichst wünschen!**

Da stellt sich für uns im Vorstand die Gewissensfrage, können wir in Österreich noch etwas in die Hand nehmen, um den gegen den Vertrag ankämpfenden Idealisten in Irland beizustehen? Es ist zu erwarten, dass in einer gigantischen Auseinandersetzung, – noch stärker als bei der letzten Abstimmung

2008 – EU-Profiteure und ihre Vasallen massiv ihre Pro-Argumente über die Medien verbreiten werden. Welchen Erfolg sie letztendlich haben werden, entscheiden auch die finanziellen Mittel, wie sie jeweils beiden konkurrierenden Seiten zur Verfügung stehen werden.

Ich betone das, weil uns seriöse, irische Organisationen ihre Sorge um den ungewissen Ausgang der Lissabon-Vertrags-Abstimmung mitgeteilt und um Unterstützung gebeten haben (**People's Movement, Peace & Neutrality Alliance – PANA, Republican Sinn Féin**).

**PEOPLES'S MOVEMENT
GLUAISEACHT
AN PHOBAIL**



Die Initiative People's Movement (Netzseite: www.people.ie; E-Adr.: post@people.ie) mit Sitz in Dublin 9, 25 Shanowen Cres., erscheint uns besonders engagiert und sie koo-

Madatsch Joch – Kaunergrat, 3.010 m Seehöhe.

Ein Gruß von Andreas Klingler aus Rottenmann/Stmk. an das Land Tirol. Es gelingt ihm – wie unschwer zu erkennen – seine Begeisterung für's Tourengehen und für die Direkte Demokratie in Einklang zu bringen.



Inhalt:

- Urteil von Karlsruhe S. 1/3
- Staatsverschuldung..... S. 2
- Bertelsmann - Lobbymacht..... S. 2
- Subsidiarität - Unterwerfung..... S. 3
- BBT oder Tunnelkette S. 4
- Lesermeinungen S. 5
- EU will Zugriff..... S. 5/6
- Positives, Erfreuliches..... S. 6
- Veranstaltungen, Impressum S. 6

periert gleichzeitig mit PANA (www.pana.ie) eng, sodass wir dieser Organisation in Dublin unsere Mithilfe – im Bereich unserer Möglichkeiten – bereits zugesagt haben.

So darf ich auch Ihnen, sehr geschätzte Leser, dieses Anliegen unterbreiten und Sie bitten den erwähnten **Organisationen zu schreiben**. Sie brauchen Zuspruch, tatkräftige Hilfe und – wie immer Sie es für angemessen halten – auch finanzielle Unterstützung.

Sollten Sie sich dazu entscheiden, einen Spendenbeitrag überweisen zu wollen, so können Sie das auf direktem Weg durchführen. Der Empfänger PEOPLE'S MOVEMENT hat folgende Bank-Codes: BIC: ULSBIE2D und IBAN: IE61ULSB98501006330039.

Wenn es gewünscht wird, so übernimmt auch die NFÖ die Weiterleitung der Spenden. Das müsste dann am Erlagschein vermerkt werden.

Vollends scheitern würde der Lissabon-Vertrag, wenn der **tschechische Staatspräsidenten Vaclav Klaus** seine Unterschrift nicht unter die Lissabon-Ratifizierungsurkunde setzen würde. Lieber Leser, Sie können ihn dazu **bestärken, wenn Sie ihm einen Brief schreiben**, in dem Sie ihn eindringlich darum bitten, dem auf ihn ausgeübten Druck nicht nachzugeben. (Adresse: Staatspräsident Dr. Vaclav Klaus, CZ-11908 Praha – Hrad, Tschechische Republik)

Zuletzt möchte ich neuerlich an die Einleitung unseres „Volksbegehrens für direkte Demokratie“ erinnern. **Bitte unterstützen Sie uns weiterhin** bei diesem wichtigen Projekt und fordern Sie Unterstützungsformulare zum Weitergeben an. Vielen Dank!

Ihr

Dipl.-Ing. Rudolf Pomaroli
Bundesobmann

Staatsverschuldung besorgniserregend

Langsam lichten sich die Schleier. Es ist noch lange nicht sicher, dass die Finanzkrise mit den derzeitigen Maßnahmen (Bürgschaften des Bundes, Kreditwertberichtigungen, „Bankenrettungspaket“ von insgesamt 100 Milliarden Euro,...) nachhaltig stoppen wird können. **Bei den Lasten werden die Steuerzahler gerne beteiligt**, ein Teilen der Gewinne ist nicht beabsichtigt – im Gegenteil, die Körperschaftssteuer wurde weiter reduziert.

In der realen Wirtschaft (Produktion von Sachgütern, Handel...) steigt die Anzahl der Firmenzusammenbrüche, die Arbeitnehmer verlieren zunehmend ihre Arbeitsplätze oder müssen als geringfügig Beschäftigte ihren Lebensunterhalt bestreiten. Die Krise drückt massiv auf die Löhne, verbotene Änderungskündigungen (Weiterbeschäftigung mit geringeren Lohn usw.) greifen um sich, auch erfolgreiche Unternehmen gehen ins Ausland, um noch höhere Gewinne zu erzielen.

Als EU-Mitglied darf Österreich die erforderlichen Gegenmaßnahmen – wie Zölle gegen die im EU-Ausland produzierenden Firmen, nicht zur Anwendung bringen. Im Gegenteil,

mit unserem Nettobeitrag werden diese Unternehmen **von der EU sogar gefördert – bei gleichzeitiger Vernichtung inländischer Arbeitsplätze**.

Weder unsere Regierungspolitiker noch die Gewerkschaft setzen wirksame Gegenmaßnahmen.

Österreichs Nettostaatsverschuldung dürfte in diesem Jahr weit über die von der EU erlaubten 3% (Maastrichtkriterien) in Richtung 10% gehen, was uns überdies Strafzahlungen einbringen kann.

Das wesentlich größere Problem werden aber die massiv steigenden Zinsen und Tilgungszahlungen für die Staatsschulden sein, die wir Bürger dieses Landes bezahlen werden müssen. Für 2010 erhöhen sich die Zinsbelastungen um mindestens 2.500 Millionen Euro und reduzieren damit in gleicher Höhe die Ausgabemöglichkeiten (für Pensionen, Soziales, Gesundheit usw.). Damit wird der einst blühende Mittelstand in Österreich weiter aufgerieben.

Was wäre eine erstrebenswerte Sanierungslösung?

Ein Neubeginn mit einer reformierten Wirtschaft, die über eine Volksabstimmung direkt demokratisch „abgesegnet“ wird, ausgestattet mit ganz neuen Schwerpunkten und langfristig ausgerichteter Stabilität. Ob solche Erkenntnisse die schweigende Mehrheit zum Handeln bewegen werden? (fg)

**Wer die Freiheit aufgibt
um Sicherheit zu gewinnen,
wird am Ende beides verlieren.**

Benjamin Franklin, amerik. Schriftsteller,
Wissenschaftler und Politiker (1706 – 1790)

Bertelsmann-Stiftung, die Lobby-Macht in Europa

Der multinationale Bertelsmann-Konzern mit Sitz in Deutschland, der vor allem im Medienbereich, aber auch in vielen anderen Wirtschaftszweigen vertreten ist und **laut Expertenmeinung mehr Geld, Macht und Einfluß als jede andere Organisation der sogenannten Zivilgesellschaft in Deutschland hat**, unterhält auch eine steuerbefreite Stiftung gleichen Namens. Die Tätigkeitsfelder der Stiftung überschneiden sich regelmäßig mit den Geschäftsinteressen des Konzerns. **Es handelt sich um ein umfassendes Netzwerk von Wirtschaftsinteressen, Gesellschaftsveränderung und Politik** (Quelle: www.heise.de).

Die Experten der Stiftung sind in der deutschen Politik allgegenwärtig: Von den Kommunen bis zum Kanzleramt, von den Hochschulen bis zu Sozialhilfe. **Es geht**

vor allem um direkten Einfluß auf politische Entscheidungen, wobei sich die Frage stellt, ob sie die Politiker nur beraten oder selbst Politik machen. Demokratische Kontrolle? Fehlanzeige! Kritiker sprechen von „**Macht ohne Mandat**“. Leitbild ist der Neoliberalismus. Die Prinzipien der sogenannten „freien Marktwirtschaft“, in der allein Gewinn, Leistung, Effizienz und äußerer Erfolg zählen, sollen in allen Lebensbereichen Anwendung finden, nicht zuletzt in der



Palais der Bertelsmann-Stiftung, Berlin

Politik, nach der Devise „so wenig Staat wie möglich“. (Quelle: www.tagesspiegel.de, 25. 9. 2006)

In der Praxis bedeutet das, **dass möglichst viele Aufgaben der Daseinsvorsorge und der staatlichen Verwaltung, sowie erhebliche Teile der nationalen Sicherheit an Privatfirmen vergeben werden sollen.** Da sind auch satte Gewinne zu machen.

Ein Magnet für Interessenskonflikte. Das günstigste Gebot für den Betrieb der Umweltämter könnte aus der Industrie, für den Betrieb von Finanzbehörden aus dem Bankenbereich, für Einwohnermeldeämter aus dem Medienbereich sowie für den auswärtigen Dienst, für Polizei, Militär, Geheimdienst und Gefängnisse von privaten Sicherheits- und Söldnerfirmen kommen. Kolumbianische Zustände kündigen sich an.

Und man rate einmal, welcher bekannte österreichische Politiker im Kuratorium der Bertelsmann-Stiftung sitzt? Österreichs ehemaliger Bundeskanzler und derzeitige Nationalratsabgeordnete Dr. Wolfgang Schüssel. Welche Interessen wird er als Politiker wohl vertreten haben und weiter vertreten, die des deutschen Bertelsmann-Konzerns oder des österreichischen Volkes? (nos)

Deutsches Verfassungsgericht mutiger als das österreichische



Karlsruher Verfassungsrichter in ihren roten Roben.

1. Die Karlsruher Verfassungsrichter stellen in ihrem Urteil fest, „dass das EU-Parlament, gemessen an den grundgesetzlichen Vorstellungen der repräsentativen Demokratie, **unheilbar undemokratisch** ist.“
2. Es ist auch kein Repräsentationsorgan eines souveränen, europäischen Volkes, weil es das gar nicht gibt. Deshalb kann die EU **niemals ein eigenständiger Staat sein**, sondern nur ein Verbund souveräner Staaten.
3. Die Souveränität der Mitgliedstaaten muss unangetastet bleiben. Deshalb **darf Brüssel keinerlei Regulierungskompetenz besitzen**, wo es um die Staatsbürgerschaft, das zivile und militärische Gewaltmonopol, den Staatshaushalt, die Grundrechte, Sprache und Kultur, Familienpolitik, Bildungspolitik, Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit sowie weltanschauliche Fragen geht. Die deutschen Bürger brauchen, so die obersten Richter, **einen ausreichenden Raum** zur politischen Gestaltung ihrer wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebensverhältnisse.
4. Das Verfassungsgericht will darum im Begleitgesetz zur rechtlichen Übernahme des Lissabon-Vertrages durch Deutschland festgeschrieben sehen, dass die Union nichts anordnet, was die verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten der EU-

Bürger, wie sie in ihren nationalen Verfassungen garantiert werden, beeinträchtigen könnte. Auch das unionsrechtliche Prinzip der „**Subsidiarität**“ muss eingehalten werden. (Quellen: *Zeit-Fragen*, *Schweizerzeit*, *Der Spiegel*.)

Siehe auch Erläuterung „Subsidiarität oder Unterwerfung“, untenstehend.

Noch besser wäre es gewesen, den Lissabon-Vertrag in seiner Gesamtheit wegen gravierender Widersprüche zum Grundgesetz abzulehnen.

Es ist zu bedauern, dass die österreichischen Verfassungsrichter eine ähnliche Klage, (sie wurde bekanntlich von einem Personenkomitee eingereicht, dem NFÖ-Vorstandsmitglieder angehören) ohne den Inhalt zu prüfen, abgewiesen haben. Das muss als Kniefall vor der EU gedeutet werden.

Und wie will man erklären, dass das deutsche Verfassungsgericht beim selben Klagegegenstand zu einem ganz anderen Ergebnis kommt, als das österreichische?

In einem Rechtsstaat müsste gewährleistet sein, dass die Verfassung und jede Beanstandung durch das Verfassungsgericht vom Parlament und vom Bundespräsidenten entsprechend berücksichtigt werden. (fd,hs)

Damals haben Richter sich der Politik untergeordnet. Ist es in Österreich wieder so weit?

Wir gedenken der Opfer die von 1933 bis 1945 durch Richter und Staatsanwälte der Hamburger Justiz entrechtet, mißachtet, gequält ihrer Freiheit beraubt und zu Tode gebracht worden sind

Ihr Leiden ist uns Mahnung

Mahn-Tafel am Hamburgischen Verfassungsgerichtsgebäude

Subsidiarität oder Unterwerfung?

Subsidiarität ist eine politische und gesellschaftliche Maxime, die Eigenverantwortung vor staatliches Handeln stellt. Danach sollen z.B. bei staatlichen Aufgaben zuerst und im Zweifel untergeordnete Körperschaften wie Land oder Gemeinden für die Umsetzung zuständig sein, während übergeordnete Glieder zurückzutreten haben. (Quelle: wikipedia.de)

Die Subsidiarität ist ein wesentlicher Grundsatz der Christlichen Soziallehre, nach dem die übergeordnete Gemeinschaft die selbständige Wirksamkeit der untergeordneten anerkennt. Sie soll zum Beispiel die Selbständigkeit der Familie gegenüber dem Staat absichern und wendet sich gegen jede totalitäre Gesellschafts- und Staatsordnung. Zum Subsidiaritätsprinzip bekennt sich – am Papier – auch die Europäische Union. Die Praxis sieht allerdings anders aus. Die EU hat bisher nach Belieben Aufgaben von Mitgliedsstaaten an sich gerissen und demonstrativ den allmächtigen Gesetzgeber hervorgekehrt.

Erinnert Ihr Euch noch, wie alle EU-Anschluss-Befürworter in den 1990er-Jahren den Mund so voll genommen hatten mit dem Wort „Subsidiarität“? Heute hört man nichts mehr davon. Lauter Lügner/innen! (Siegfried Eder)

12 Milliarden-Grab – Brenner-Basistunnel (BBT)

Der BBT muss gebaut werden, sagen die Regierungen in Wien und Innsbruck. Schlechte Auslastung, ungesicherte Einnahmen und mangelnde Bürger-Akzeptanz scheinen sie dabei nicht zu stören. Wenn qualitative Verbesserungen bei konventionellen Bahn-Projekten angesprochen werden, hören wir tagaus, tagein die gleiche Ausrede: „Es ist kein Geld da“. Geht es um das gigantische BBT-Projekt im Interesse großer EU-Staaten und Brüssel wünscht das, so spüren die österreichischen Politiker wie Rad-Profis auf der Rennbahn.

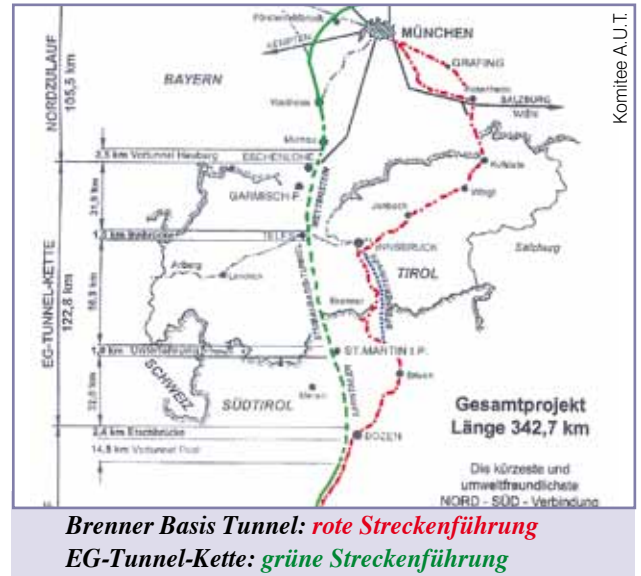
Die NFÖ fordert daher: Für den BBT ist ein korrekter und verbindlicher Finanzierungsplan zu erstellen.

Es muss dieses gigantische Projekt der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt werden und sie ist rechtzeitig und untendenziös über Alternativen (z.B. die **EG-Tunnelkette**) zu informieren.

Sollte eine Volksabstimmung auf Landesebene nicht in Angriff genommen werden, so muss es **Konsequenzen in der politischen Verantwortung** – insbesondere in finanzieller Hinsicht! – geben und zwar für jenen Fall, dass dem Steuerzahler Planungsfehler mit Verteuerungsfolgen aufgebürdet werden. Warum sollten letztverantwortliche **Politiker nicht bei Fahrlässigkeit einen Teil des Schadens aus ihrer Privatschatulle bezahlen müssen?** Da könnte ein Landeshauptmann Platter vielleicht dann doch seine pflichtgemäße Begeisterung für den BBT verlieren.

BBT oder TUNNELKETTE ?

Warum werden gravierende Nachteile des Basistunnels diskussionlos beiseite geschoben? 130 Kilometer Umweg, größte geologische Unsicherheiten und eine ungesicherte Finanzierung?



„Man bemüht sich nicht einmal um eine wirksame Kontrolle bei den Ausgaben. Wäre die EU eine Firma, säßen alle Kommissare längst im Gefängnis“.

So urteilt der britische EU-Parlamentarier Daniel Hannan über die skandalösen, finanziellen Zustände in Brüssel.

WUSSTEN SIE . . . ?

Geschönte Kriminalitätsstatistiken

Die Statistik des Innenministeriums spiegelt die Kriminalitätsentwicklung in Österreich nur unzureichend wider. Das beweist der Fall jenes Serieneinbrechers, dessen 105 Straftaten offiziell nur als eine Tat gezählt werden. Und es hat Auswirkungen auf die Aufklärungsquote: Die 105 Straftaten des Kärntners sind in der offiziellen Statistik **nur ein einziges Delikt**, auch dann, wenn 105 Anzeigen von Geschädigten bei der Polizei erstattet wurden.

Polizeioberst Christian Martinz: „Es wird eine Sammelanzeige erstattet, aber die 105 Taten werden als ‚geklärt‘ umgestellt. Das heißt, wir haben 105 Einbrüche geklärt, die sich auch auf die Statistik auswirken.“ Das hebt also die Aufklärungsquote der Polizei.

Die offiziell gängige **Zählpraxis ist vom Innenministerium vorgegeben**. Die aktuelle Kriminalitätsstatistik spiegelt die tatsächlichen Entwicklungen also nur unzureichend wider. (Quelle: *orf-Kärnten*, 24.7.2009)

EU-Verfassungsvertrag in rekordverdächtiger Eile durchgepeitscht

Die litauischen Abgeordneten ratifizierten den Text des EU-Verfassungsvertrages ohne öffentliche Debatte, noch ehe auch nur der Entwurf im Amtsblatt der EU veröffentlicht worden war.

Erst nach der Ratifizierung wurde bekannt, daß der litauische Text auf den fünfhundert Seiten 400 Übersetzungsfehler enthielt. (Quelle: *„Demokratie in der EU“* 3/07, S.25)



„Ich habe noch nie eine derartige Untransparenz, eine völlig undurchsichtige, sich dem demokratischen Wettbewerb der Ideen entziehende Veranstaltung erlebt. Der Verfassungskonvent ist angekündigt worden als die große Demokratie-Show. Ich habe noch keine dunklere Dunkelkammer gesehen als diesen Konvent“.

Meinung des bekanntermaßen EU-begeisterten JEAN-CLAUDE JUNKER, Premier von Luxemburg.

Quelle: Der Spiegel, 16.6.2003

Lesermeinungen

Ich mag Grenzen

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges war ich auf fünf Kontinenten allein unterwegs. (1948: erster Schüleraustausch mit Frankreich) In den 1950er – Jahren arbeitete ich als Au-pair in England, Italien und Belgien. Ja, das gab's damals schon, ganz ohne die viel gepriesene EU! Natürlich gab es überall Grenzkontrollen. Vor allen Dingen bei meinen zweimaligen Erdumrundungen. Eine Strecke davon fuhr ich von Tirol bis Peking mit der Bahn. Die Chinesen kontrollierten besonders gründlich. Sie schraubten

sogar die Räder von meinem Koffer. Vorigen Sommer schaute ich einmal kurz an die italienische Adria hinunter. An der Grenze musste ich meinen Pass nicht vorzeigen, dafür wurde er mir aber sofort im Hotel, noch ehe ich den Zimmerschlüssel erhielt, abgenommen.

Als ich von einem Internetcafé (Bibione) aus eine E-Mail verschicken wollte, verlangten sie meinen Pass. Da der aber im Hotel lag, musste ich unverrichteter Dinge wieder abziehen. Wenn ich über-

all auf der zivilisierten Welt ohne Ausweis im Internet surfen kann, warum um alles in der Welt in einem EU-Land nicht?!

Warum das so ist, konnte mir kein Mensch erklären. In Wien würde man halt sagen: Vurschrift ist Vurschrift! Die Aussage des Herrn Strasser, dass man wegen der paar Ostkriminellen nicht 99,9% der Österreicher an den Grenzen warten lassen könne, finde ich als Einzel-Weltreisende um es milde auszudrücken, kleinkariert.

MARIA KLINGLER, KIRCHDORF IN TIROL

Firmen-Pleiten

Gestern AUA, heute Siemens Software Entwicklung, morgen die Post, und das ist nur der Anfang!

In noch nie da gewesener Weise wird das Kapital von Firmen an Aktionäre ausgezahlt. Wenn dazu Rücklagen aufgelöst werden, wird die Firma in den Konkurs getrieben, für die Übernahme durch andere (ausländische?) Konzerne vorbereitet. Welche Rolle spielt dabei die ÖIAG?

Ich fordere eine Offenlegung der Aufgaben der ÖIAG, ihrer Entscheidungsträger und deren Interessen.

Es ist dringend eine gesetzliche Regelung nötig, dass nur ein Teil der Gewinne an Aktionäre ausgezahlt werden darf. Den Arbeitnehmern, die die Gewinne erarbeiten, steht der Löwenanteil zu.

ING. HORST G. ENENKEL, KOTTINGBRUNN

Das Unrecht kann sich keine Niederlage leisten, aber das Recht kann es.

Rabindranath Tagore,
indischer Philosoph

Der ORF im Dienste der Einheits- und Gleichmachereikultur

Vor wenigen Wochen wurde die „Gigaleiche“ des verbliebenen „Katzenmusi“-Sängers Michael Jackson stundenlang direkt übertragen. Auch wenn ich diese Sendung nicht angeschaut habe, wehre ich mich als Zwangsgebührenzahler gegen derartige Übertragungen. Ist Österreich wirklich bereits ein Bundesstaat der USA? Dieser Herr Jackson wäre übrigens bei uns völlig unbekannt, hätte er dieselben „Lieder“ in einer Regionalsprache (z. B. aus Dänemark, Schottland oder Sizilien, etc.) und nicht in der musikalischen „Monopolsprache“ Englisch gesungen.

Da frage ich mich übrigens: Wenn schon fast alle Musikstücke englisch gesungen werden, warum wird im Radio so gut

wie keine echte Volksmusik aus Irland gespielt ???

Doch wieder zurück zum Thema. Warum gelten „Künstler“, die eine internationale Einheits- und Gleichmachereikultur produzieren, als wichtig und eher regionalbezogene als nicht so wichtig?

Letztere bleiben dadurch weitgehend unbekannt.

Warum werden hochwertige volksculturelle Veranstaltungen z.B. aus dem uns viel näher stehenden Bayern nicht direkt übertragen?

Ich habe auch nichts gegen die Übertragung von **echten volksculturellen Veranstaltungen** aus den USA, egal ob von weißen, schwarzen oder india-

nischen Völkern. Sie alle sind wertvoll, aber eine internationale Einheitsmusik, wie sie Jackson machte, die man fast in jedem Land der Welt hört und **nicht mehr lokalisieren kann**, lehne ich ab. Regionalisierung auch in Musik und Kultur ist ein Gebot der Stunde! (P.B. – Leserbrief-Autor der Redaktion bekannt.)

Vorliegender Brief ging zuerst per Internet an kundendienst@orf.at Wir veröffentlichen ihn gerne auch als Anregung an unsere Leser, dem ORF doch auch einmal oder öfters ihre Publikumsreaktionen kundzutun.

Sie sind ja vermutlich ebenso „ORF-Zwangsgebührenzahler“.

EU will Zugriff auf Gasreserven

Brüssel will beim sogenannten EU-internen Notfallsmanagement mehr Kompetenzen. So soll die EU-Kommission in Zukunft die Freigabe von Gas aus den strategischen Reserven der Mitgliedsländer zugunsten anderer EU-Staaten mit besonderen Engpässen verlangen dürfen. Im Extremfall könnten die Bestimmungen dazu führen, dass Mitgliedsländern verboten wird, Gas für die eigene Bevölkerung aufzubehalten.

So steht es in einem Entwurf einer neuen EU-Verordnung (ein Gesetz, das sofort in Kraft tritt; die Red.) „zur Sicherung der Gas-

versorgung“. Derzeit gibt es noch spürbaren Widerstand von den Konzernen, die dann auch ihre Lieferverträge offen legen müssten (Quelle: Wiener Zeitung, 14.7.2009)

Die NFÖ lehnt solche verdeckten Abzock-Methoden rigoros ab! Ein Land, das vorausschauend spart und Reserven anlegt, soll nicht der Dumme sein. Abgesehen davon würde dann als nächster Schritt auf derselben „berechtigten“ Argumentationsbasis (Notfall, Krisenbewältigung) auch beim Wasser den Staaten das Alleinverfügungsrecht weggenommen werden. Hat Brüssel erst einmal einen Finger gefasst, so gehört ihm bald die ganze Hand! In der EU muß man mit solch hinterhältigen Strategien rechnen! (pm)



TIGAS – Erdgas-Speicher in Innsbruck.
Er gehört zu 100 Prozent dem Land Tirol. Wie lange wohl?

Einladung

a.o. Bundesversammlung

in Bad Reichenhall bei Salzburg, Hotel Hofwirt

23. – 26. Oktober 2009

Vorläufiges Programm

FREITAG, 18.00 Uhr: Eintreffen, gemeinsames Essen
Vorbereitende Gespräche für die Bundesversammlung

SAMSTAG, 9.00 bis 18.00 Uhr: Interne Themen, Gastreferat

SONNTAG, 10.00 bis 17.00 Uhr: Gastreferate, Diskussionen

MONTAG: Familienfreundliches Programm: Wanderungen, Besichtigungen, Thermenbesuch, Königsee-Schiffahrt etc.

Referenten:

Doz. Thomas Kaiser, Elmar Niederkofler und Kohr-Akademie

Teilnahme an der Veranstaltung auch tageweise möglich. Günstige Übernachtungspreise! **Genauere Informationen und Anmeldungen bei:** Siegfried Eder, Prutz a. Inn, E: ederbus@aon.at;

Tel: 05472-6008 od. 0664-73472660

Einladung
zum Vortrag mit Filmvorführung

Die Gefahren der AGRO-Gentechnik

Referenten:

Dipl.-Ing. Volker Helldorff, Haimburg/Ktn.

Prim. Dr. med. Othmar Oblak, Kärnten,

Richard Leopold Tomasch, St. Michael/Ktn.

Donnerstag, 10. 9. 2009, 19.00 Uhr

Pottenbrunn /NÖ,

Gasthaus Haas-Neuwirth, Hauptstr. 79

Verantwortliche Organisation:

Traisentaler Werkstatt f. gesellsch.-politische Denkanstöße, Pottenbrunn, Tel: 0676-403917

Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes ...

Mahnfeuer wurden entzündet

NFÖ-Sympathisanten entzündeten am 8. 8. 2009 Mahnfeuer (Aktion „Feuer in den Alpen“ – Protest gegen Riesen-Lkw) in den Tiroler Gemeinden Flurling, Oberperfuß, Prutz am Inn, Vomp und am Gaisberg bei Salzburg.



Dreitägiger Landesfestumzug am Sonntag, 20. September 2009

Er beginnt um 11 Uhr in der Innenstadt von Innsbruck und stellt den Höhepunkt der 200 Jubiläumsfeiern, „200 Jahr Andreas Hofer“ dar.

Es wäre auch ein willkommener Anlass für ein Zusammentreffen von NFÖ-Sympathisanten am Abend. Wer dies beabsichtigt, teile dies bitte bis 15. September Siegfried Eder mit. (6522 Prutz am Inn, Kaunergratweg 14, ederbus@aon.at oder Tel: 05472-6008 oder 0664-73472660.)

Trachtenvereine, Schützen, Musikkapellen, Kameradschaftsverbände u.v.a. werden sich hervorragend präsentieren. Die Pflege von überlieferter Tradition, heimischer Kultur und das Hochhalten christlicher Werte sollen vorgelebt werden. Wie sonst kann unsere Nachfolgeneration sie erleben und weitergeben?



Schützenkompanie – Niederdorf /Südtirol

In eigener Sache

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns bitte! Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wenngleich wir offen gestehen, dass finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären. Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Förderöpfen.